

Wenn es keine Gerechtigkeit gibt, wird Straflosigkeit gesät

Von Rodrigo Bustos Bottai, Amnesty International Chile

16.08.2024

Noch vor wenigen Wochen erklärte Präsident Gabriel Boric, dass es „in Chile keine Straflosigkeit gibt“. Doch gut zwei Monate vor dem fünften Jahrestag des sozialen Aufstands in Chile, bei dem es zu den schwersten Menschenrechtsverletzungen in Chile seit der Diktatur von Pinochet durch Sicherheitskräfte kam, ist der Gerechtigkeit noch nicht genüge getan.

Der chilenische Staat schuldet Tausenden von Opfern noch immer Gerechtigkeit. Dieser Jahrestag ist besonders bedeutsam, da viele der Fälle ab Oktober verjähren werden. Das bedeutet, dass die Frist für weitere Ermittlungen in Fällen, in denen es keine wesentlichen gerichtlichen Fortschritte gibt, abläuft. Dadurch wird vielen Menschen die Möglichkeit auf Gerechtigkeit genommen und die an ihnen begangenen Menschenrechtsverletzungen bleiben straffrei.

Aus diesem Grunde hat sich die Exekutive verpflichtet, die Menschenrechtsbrigade der Ermittlungspolizei zu verstärken, um die Untersuchungen zu beschleunigen und deren Qualität zu verbessern. Doch dies ist bislang noch nicht geschehen und eine beträchtliche Anzahl von audiovisuellen Untersuchungen im Zusammenhang mit den Vorfällen vom Oktober 2019 wurde noch immer nicht durchgeführt.

Zudem haben einige der Fälle, die bereits in Bearbeitung sind, mehrere Verzögerungen erfahren, wie zum Beispiel der Fall von Renzo Inostroza, was die Rechtsprechung weiter hinauszögert. Sowohl die Staatsanwaltschaft als auch die Justiz sind verpflichtet, die vollständige Wahrung der grundlegenden Menschenrechte für alle Personen sicherzustellen und den internationalen Verpflichtungen nachzukommen.

Jetzt ist der Zeitpunkt, da die Justiz die Macht hat, Gerechtigkeit zu üben und zu verhindern, dass die Ermittlungen zu institutioneller Gewalt verjähren. Straflosigkeit schafft nur noch mehr Ungleichheit und Misstrauen in einer Gesellschaft, die genau das Gegenteil fordert. Hinter jeder Akte stehen eine Person und eine Familie, deren Leben sich für immer verändert hat und die Wahrheit, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung verlangen.

Bei ihrem jüngsten Besuch in Chile äußerte Margaret Satterthwaite, UN-Sonderberichterstatterin für Unabhängigkeit von Richter*innen und Anwälte*innen, ihre Besorgnis über **"den langsamen Fortschritt der Fälle im Zusammenhang mit dem übermäßigen Einsatz von Gewalt und Folter durch die Carabineros während des sozialen Aufstands" im Vergleich "zum raschen Fortschritt in den Fällen von Sachbeschädigungen durch die dieselben Ereignisse oder damit zusammenhängende Taten"**.

Hinzu kommt der Verbleib des Generaldirektors der Carabineros, Ricardo Yáñez, auf seinem Posten, der zusammen mit zwei weiteren hochrangigen Beamten wegen seiner Verantwortung für das Vorgehen der Polizei bei der unverhältnismäßigen Kontrolle der Proteste im Jahr 2019 vor Gericht steht.

Es ist bedenklich, besorgniserregend und unhaltbar, dass diese Autoritätsperson weiterhin im Amt bleibt, denn es verhindert, dass er seine Verteidigung

wahrnehmen kann, ohne dass die Institution in die gegen ihn laufenden Ermittlungen einbezogen wird. Die Anklageerhebung ist für den 1. Oktober vorgesehen, bis dahin bleibt Yáñez weiterhin auf seinem Posten.

Es ist an der Zeit, ein klares Signal an Chile und die Welt zu senden: Keine Person oder Institution steht über dem Gesetz. Die Anklage der hohen Offiziere der Carabineros ist der erste Schritt, um in Richtung Gerechtigkeit und gegen Straflosigkeit voranzukommen.

Kann man angesichts all dieser Tatsachgen also behaupten, dass es in Chile keine Straflosigkeit gibt? Leider nein. Aber es ist egal, wie viel Zeit vergeht oder wie viele Türen sich schließen - Amnesty International wird Chile weiterhin im Auge behalten, bis Gerechtigkeit erreicht ist.

Übersetzt von der Chile/Venezuela Koordinationsgruppe - verbindlich ist das Original:

<https://amnistia.cl/amnistiadice-si-no-hay-justicia-se-siembr-impunidadamnistiadice/>